

Sperrfrist. Es gilt das gesprochene Wort.

Europa-Forum Wachau, Stift Göttweig, 11. Juni 2017

„Querdenker-Rede“

Hochwürdigster Abt,

Exzellenzen,

sehr verehrte Festgemeinde,

sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre, heute hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Sie haben mir die sogenannte „Quer-Denker“-Rede des Europaforums der Wachau anvertraut und dies ist Ehre und Bürde zugleich.

Eine Ehre, denn große Persönlichkeiten haben an dieser Stelle vor mir gesprochen: in den letzten Jahren waren es u.a. Robert Menasse, Armin Thurnher, Hugo Portisch, Alfred Gusenbauer und Miguel Herz-Kestranek.

Eine Bürde, denn obwohl es ja immer so gesagt wird, sind Querdenker natürlich nicht erwünscht: Systeme wollen funktionieren und keine Leute, die es in Frage stellen. Deswegen war die Querdenker-Rolle in vorherigen Gesellschaften immer sublimiert. Die höfische Tradition hat die Rolle des Hofnarren geschaffen, der, weil seine Kritik unter der Narrenkappe daherkam, gleichsam davor geschützt war, ein empörtes Raunen hervorzurufen: *Wie kann man das nur so sagen?*

Auch aus katholischen Schriften, und wir sind ja hier in Stift Göttweig, kennen wir Querdenker-Textstellen: *sei die Hefe im Teig, sei das Salzkorn in der Suppe*. Aber möchte man salzig sein? Und doch ist es heute meine Rolle, gleichsam das Salz in der EU-Suppe zu sein, wenn es bei der diesjährigen Themenstellung auf dem Europa-Forum der Wachau darum geht, wie die EU wie bürgernäher sein kann. Denn kann sie das eigentlich in ihrer bisherigen Form? Meine häretische Antwort ist: nein! Und darum muss die EU vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Einige von Ihnen mögen den farbenfrohen Vulkan bemerkt haben, der gestern tagsüber am Eingang von Stift Göttweig stand. Für diejenigen, die ihn nicht bemerkt haben, habe ich heute dieses Video-Loop mitgebracht, das Sie auf den Bildschirmen gerade sehen: ein Vulkan, gestaltet aus den Fahnen der europäischen Nationalflaggen, die ineinander verschmelzen, wie er sich aufbläst und wieder in sich zusammenfällt. Dieser Vulkan „*Amikejo – Europa Umstülpen*“ ist die Arbeit der Berliner Konzeptkünstlerin Valeska Peschke. „Amikejo“ heißt auf Esperanto „Freundschaft.“ Das „Amikejo“-Projekt wurde mit großzügiger Unterstützung der Landesregierung Niederösterreich gefördert und an der Donau-Universität Krems kuratiert. Jetzt reist dieser Vulkan als Zeichen der europäischen Freundschaft quer durch Europa und sendet die Botschaft, dass Europa umgestülpt werden muss, wenn Europa als Friedensprojekt bestehen bleiben soll, das heute zu zerschellen droht. Von Göttweig aus wird der Vulkan nach Berlin gehen, dann nach Hamburg, dann auf der Wartburg stehen, hoffentlich

in Brüssel Station machen und möglichst an vielen anderen europäischen Orten zu sehen sein: falls Sie, liebe Festgäste aus Serbien oder der Ukraine, aus Bayern, Katalonien oder all den vielen anderen bunten Regionen Europas den Vulkan als Zeichen der europäischen Freundschaft in ihrer Stadt willkommen heißen wollen, dann melden Sie sich.

Denn der europäische Vulkan „Umstülpen“ hat eine *Message*. Er ist in dieser Hinsicht mehr als „nur“ Kunst, sondern jenes Salz, jene Hefe Europas, die das europäische Brot für die Bürger sprichwörtlich schmackhaft machen soll und diese Message ist: Die Bürger sind der Souverän Europas!

Alle Souveränität geht vom Volke aus und kommt so schnell nicht wieder, heißt ein *bonmot* von Kurt Tucholsky. Die Souveränität der Bürger mit Blick auf Europa aber ist beim EU-Rat gleichsam versenkt, wie Schiffe in einem Bermuda-Dreieck. Die Menschen entscheiden nicht in der EU. Das Europäische Parlament hat nicht das volle Initiativrecht; die EU-Kommission

ist Hüterin der Verträge, was eigentlich die Rolle eines Gerichtshofes ist; der Europäische Rat – genauer: die großen Staaten im Europäischen Rat (als Deutsche darf ich das sagen) - entscheiden fast alles, obgleich er nur indirekt legitimiert ist. An den Bürgern gehen diese Entscheidungen zumeist vorbei, zumal das alles meistens in nächtlichen Sitzungen ohne Transparenz passiert. Mit Blick auf die EU gilt also, wie der Britische Politikwissenschaftler Colin Crouch formuliert: *“You can always vote, but you have no choice.”* Du kannst wählen, aber du hast keine Wahl. Die europäischen Bürger, vor allem die Griechen, haben das gemerkt. Wie immer sie sich in einem Referendum entschieden haben: sie bekamen die gleiche Politik von der EU serviert.

Ständig wird in der EU etwas entschieden, das alle betrifft, aber keiner ist letztlich verantwortlich, keiner kann abgewählt werden, keiner tritt zurück und es gibt fast keine Opposition. Und darum wenden sich die Menschen gegen die EU, denn sie haben in ihr

nichts zu sagen. „*I am not in control*“ war jener berühmte Satz von Boris Johnson vor dem Brexit und das Traurige ist: er hat Recht. Die europäische Technokratie gebiert den europäischen Populismus, den wir heute beklagen.

Die Basis der Legitimität muss darum in der EU vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Das wäre Bürgernähe in Europa. Dabei geht es um mehr, als nur mit den Menschen sprechen und ihnen zuzuhören. Es geht auch um mehr als den vielbemühten Begriff der Subsidiarität, der in europäischen Diskussionen immer so daherkommt, als gälte es, ein kleines Fleckchen Erde vor dem Zugriff der EU zu schützen und abzuschirmen. Es geht auch nicht eigentlich darum, dass die EU „näher an den europäischen Bürgern“ sein muss, wie es immer großzügig heißt. Sondern es geht schlicht und einfach darum, die europäischen Bürger wieder in die politische Entscheidungsgewalt Europas zu setzen, so wie in jeder nationalen Demokratie. Genau das steht hinter dem Begriff „Umstülpen“, denn souverän sind weder die

Nationalstaaten, noch die EU, sondern immer nur die Bürger. Und das soll der europäische Vulkan symbolisieren.

Die politische Macht in Europa gehört darum in ein richtiggehendes Europäisches Parlament und nicht in den EU-Rat. Der Europäische Rat muss weg – und mit ihm letztlich die Nationalstaaten. *Nous ne coalisons pas des Etats, nous unissons des hommes*, sagte schon Jean Monnet. «*Wir wollen nicht Staaten integrieren, sondern Menschen einen.*“ Menschen und Bürger können in einem politischen Projekt Europa aber nicht geeint sein, wenn man sie ständig zueinander in nationale Konkurrenz setzt, wenn die einen europäischen Bürger dies tun und die anderen das, wenn die einen dies dürfen, die anderen aber nicht. So kann kein politisches Gemeinwesen begründet werden. Eine Demokratie nämlich beruht auf zwei Grundsätzen, die in der EU bis heute nicht erfüllt werden: dem allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz, der Tatsache also, dass vor dem Recht alle Bürger und Bürgerinnen gleich sind. *Aequum ius*, gleiches Recht,

das ist die Definition der Republik von Cicero. Und zweitens dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Beides wird in den aktuellen Strukturen der EU sträflich verletzt. Und deswegen schmeckt die EU den europäischen Bürgern nicht: sie ist nicht nur nicht bürgerlich. Sie verletzt in vielerlei Hinsicht Prinzipien, die wir in nationalen Demokratien nie in Frage stellen würden. Damit ist die EU zwar legal, aber eben nicht legitim.

Ein Markt, eine Währung, eine Demokratie, meine Damen und Herren, das muss darum die europäische Aufgabe im 21. Jahrhundert sei. Und zwar in einem europäischen Zweikammersystem, in dem europaweit der Grundsatz gilt „*eine Person, eine Stimme*“; in dem gleichgroße Regionen zu den konstitutionellen Trägern eines neuen Europas und mithin politisch aufgewertet werden, damit die großen Nationalstaaten nicht länger die kleinen übervorteilen. Und in dem ein europäischer Präsident europaweit und direkt gewählt werden

könnte. Das wäre sehr bürgernah: die Bürger hätten die Entscheidung über das, was in Europa passiert! Es wäre wohl die beste Antwort auf die heutige Krise der EU!

Der Akt des „Umstülpens“ ist immer ein Eklat. Die Analogie sei – zumal im Stift Göttweig - erlaubt: auch der historische Jesus hat für einen Eklat gesorgt. Er vertrieb die Händler aus der Säulenhalle des Tempels. Wie der Evangelist Matthäus berichtet, warf Jesus dabei die Tische von Geldwechslern und Stände von Taubenhändlern um, mit den Worten: „Ihr macht aus meinem Haus des Gebetes eine Räuberhöhle.“

Ähnlich müsste man heute mit Blick auf die EU sagen: ihr macht aus der europäischen Demokratie eine Räuberhöhle. *“Mit Bedauern ist festzustellen, dass im Mittelpunkt der politischen Debatte technische und wirtschaftliche Fragen vorherrschen auf Kosten einer authentischen anthropologischen Orientierung”*, so formulierte es Papst Franziskus in seiner Rede im Europäischen Parlament 2014, unter Verweis auf kanonische Schriften. Anders formuliert: ein

Binnenmarkt ist kein Gemeinwesen. Die Wirtschaft wird in der EU systematisch über die Politik und damit die Interessen der Menschen gestellt. Der Preis für Demokratie, Freiheit oder Friede aber lässt sich nicht in einer Excel-Tabelle beziffern. In jüngster Zeit z.B. gab es eine Sparpolitik, die einer ganzen Generation Jugendlicher die Hoffnung auf einen Job und damit eine Zukunft genommen hat. In einen Binnenmarkt, so sagte einst Jacques Delors, kann man sich nicht verlieben. Mehr noch: ein Binnenmarkt muss nur effizient sein. Er muss sich um die Menschen nicht kümmern. Genau daran aber krankt Europa denn wir haben es versäumt, aus Europa ein Gemeinwesen zu machen, das für die Menschen da ist, eben eine richtiggehende europäische Demokratie, die dieses Namens würdig wäre.

Vielfach wurde gestern gesagt, wir brauchen das alles nicht. Keinen EU-Finanzminister. Keine Vertragsreform. Keinen institutionellen Umbau. Entscheidend seien die gemeinsamen Themen, die gemeinsamen Ziele, vor allem die Sicherheit und

der Kampf gegen Terror. Das halte ich für doppelt falsch. Die Engführung des derzeitigen europäischen Diskurses auf Sicherheit übersieht, dass Sicherheit zwar „*nice to have*“ ist, aber kein Wert an sich: man kann auch in einem Gefängnis sehr sicher sein. Man ist nur leider nicht frei. Der Sinn der Politik aber ist die Freiheit, nicht die Sicherheit, so sagte Hannah Arendt. Und die Freiheit fängt mit einer guten Verfassung an: ohne Verfassung ist alles nichts, sagte Madison. Eine Verfassung regelt, wer entscheidet. Das ist die klassische Frage der Demokratie-Theorie. Diese Frage ist in der EU nicht geklärt. Solange sie nicht geklärt ist, ist alles nichts, sind alle Absichten einer europäischen Einheit hehre Ambition, wenn nicht gar Heuchlerei. Weder die Sicherheitsfrage, noch den Kampf gegen den Terror, die Fluchtursachen, die digitale Herausforderung: nichts werden wir als Europäer gemeinsam entscheiden, geschweige denn bewerkstelligen, solange diese Frage nicht geklärt ist.

Es geht also um nichts Geringeres, als dass wir perspektivisch die Europäische Demokratie neu verfassen. Wenn Menschen sich aber gemeinsam auf ein politisches Projekt einen, dann machen sie keine Vereinigung Staaten, sondern sie begründen eine Republik. Aus diesem Grunde habe ich 2013 zusammen mit dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse ein Manifest zur Begründung einer Europäischen Republik verfasst. Es gilt, perspektivisch ein Europa zu schaffen, in dem alle europäischen Bürger gleich sind vor dem Recht, also bei Wahlen, bei Steuern und in ihrem Zugang zu sozialen Rechten, und zwar jenseits von nationalen Grenzen. Europa, so sagte Stefan Zweig, das heißt keine Distinktion nach Nationalität. Normative, also rechtliche Einheit bei kultureller Vielfalt, das wäre das Ziel für die europäische Demokratie.

Sie finden, das ist radikal? Radikal heißt im Wortsinne *back to the roots*, zurück zu den Wurzeln, so ähnlich wie Jesus den Tempel von den Kaufleuten befreien wollte, um ihn wieder seinem

ursprünglichen Zweck zuzuführen. Europa muss umgestülpt werden, um die europäische Demokratie wieder ihrem Zweck zuzuführen, nämlich den Menschen zu dienen. Genau das heißt Republik: *Res publica* ist die Organisation des öffentlichen Guten.

Wir haben innerhalb von 10 Jahren, zwischen 1992 bis 2002, von Tampere bis Thessaloniki die gleiche Währung in die Tasche bekommen und dann eine einheitliche IBAN-Nummer. Eine Währung aber ist schon ein Gesellschaftsvertrag. Es gibt keinen Grund, warum wir uns jetzt nicht auf den Weg machen, innerhalb von 10 oder 15 oder auch 20 weiteren Jahren eine Steuernummer, eine Sozialversicherung, eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine europäische Staatsbürgerschaft zu bekommen, die nicht nur das Geld, sondern auch die europäischen Bürger gleich setzt vor dem Recht – und zwar jenseits von Nationen.

Ich schließe mit einem Zitat aus jener Rede von Robert Menasse, die er hier an gleicher Stelle 2011 gehalten hat:

„Das Problem ist eindeutig das Modell der nationalen Demokratie. Irgendwann, hoffentlich bald, wird es einen neuen Monnet geben müssen, der die Kühnheit und die Konsequenz hat, diese Utopie zu betreiben und durchzusetzen: ihre Abschaffung! Es kann auf Dauer kein supranationales Europa auf der Basis nationaler Demokratien geben. Wir müssen die europäische Demokratie neu erfinden.“

Vielleicht stehen wir kurz davor, diese epochale Wende bald zu vollziehen, denn wir denken schon sehr lange darüber nach und jetzt ist die Zeit reif. Der konservative, berühmte Historiker Theodor Schieder schrieb bereits 1963 in einer kleinen Festschrift zum 9. Mai: *“Aber in dem Augenblick, in dem für uns der Nationalstaat ein historisches Phänomen geworden ist, sind wir für die Gegenwart und für die Zukunft im Grunde schon über ihn hinausgewachsen.“*

Dieser Moment, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Moment ist jetzt. Es ist diese tiefste europäische Krise, die uns gerade erahnen lässt, dass die Zeit des Nationalstaates vorbei ist, dass etwas Neues kommen muss, wenn Europa überleben soll, wenn wir den einen Markt und die eine Währung nicht verlieren wollen. Eine tolle Erasmus-Generation steht in den Startlöchern, um ein anderes, ein demokratischeres, sozialeres Europa zu schaffen, in dem nationale Grenzen keine Kategorie mehr sind. Die österreichische Ratspräsidentschaft 2018 könnte einiges tun, um dieses frische Denken anzustoßen, denn die Zeit eilt: die Pläne für eine europäische Arbeitslosenversicherung, eine Finanzkapazität, eine parlamentarische Neubegründung der Eurozone, all das liegt schon in den Schubladen, es ist keine Utopie. Vielleicht könnte Österreich als Scharnier in Europa zwischen Ost- und West, zwischen Nord und Süd, im nächsten Geburtshelfer für diese Pläne sein. Vielleicht kann der Geist einer demokratischen Neubegründung vom heutigen Europa-Forum der Wachau ausgehen!

Im Sinne Schumpeter's „schöpferischer Zerstörung“ ist es darum Zeit, die EU umzustülpen, meine Damen und Herren, und aus den Vereinigten Staaten von Europa eine Europäische Republik zu machen: die Republik ist unveräußerlich. Sie organisiert das öffentliche Gute, das europäische Gemeinwesen. Es wäre, meine Damen und Herren, der erste, der wichtigste Schritt für mehr Bürgernähe in Europa!